

# Die Baugewerkschaft

Organ

des Zentral-Verbandes christlicher Bauhandwerker,  
Bauhilfsarbeiter und Steinarbeiter Deutschlands.

Herausgegeben vom Verbandsvorstande.

Geschäftsstelle: Berlin O., Müdersdorferstr. 60. — Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4337.

Schriftleitung:

Berlin O., Müdersdorferstraße 60

Abonnements-Bestellungen, Anzeigen etc. sind an  
die Geschäftsstelle zu richten.

Schluss der Redaktion: Montag abends 6 Uhr.

Erscheint jeden Sonntag.

Abonnementspreis pro Quartal 1,50 Mk. (ohne  
Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband  
1,70 Mk.

Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Anzeigenpreis: die viergespaltene Petitzeile 40 Pfg.

Nummer 23.

Berlin, den 7. Juni 1908.

9. Jahrgang.

## Kollegen, betreibt mit Hochdruck die Agitation!

### Inhaltsverzeichnis.

Die Kurzrichtigen. — Jahresbericht des Bezirks Ober-  
schlesien. — Rundschau: Der Zentralverband der Maurer Deutsch-  
lands. — Folge christlicher Gewerkschaftsarbeit. Ueber die Bau-  
tätigkeit in Groß-Berlin. Unternehmerterrorismus. Ein dumm-  
breiher Mitzug. Reichsversicherungsamt und Konsumvereine.  
Aus der bayerischen Metallindustrie. Die französischen Gewerk-  
schaften. — Wirtschaftliche Bewegung. — Verbandsnachrichten:  
Angetreuer Hauslaffierer. Wanne. Bergheim. Cella. Gelsen-  
kirchen. Hausen. Köln. Königsberg. Riegen. Marburg. Würzburg.  
— Volkswirtschaftliches und Soziales. — Von den Arbeits-  
stellen. — Literarisches. — Bekanntmachung des Verbands-  
vorstandes. — Bekanntmachungen. — Sterbetafel. — Anzeigen.

### Die Kurzrichtigen.

Wer vor seiner Zukunft steht wie vor  
einem Spieltisch und auf blinden Zufall  
harrt, der ist ein Tor.

Aug. v. Kobebue.

Eine bekannte Tatsache ist die, daß man es allen  
Menschen nie recht machen kann. Damit haben wir auch  
in den Arbeiterorganisationen zu rechnen. Mit dem Ein-  
tritt in die Organisation wird ein Stück persönlicher Frei-  
heit und Selbstbestimmung abgegeben. Pflichten und  
Unterordnung unter die Beschlüsse derselben sind die Vor-  
aussetzung für jedes gedeihliche Organisationsleben. Die  
Frage ist nun die, was für die Preisgabe persönlicher  
Freiheit und Eigenheiten eingetauscht wird. Die Beant-  
wortung ist mit dem Hinweis auf die bis jetzt errungene  
Besserung der deutschen Arbeiter in ihren Organisationen,  
auf die materiellen Verbesserungen ihrer wirtschaftlichen  
Lage sehr leicht gegeben.

Es dürfte gar kein Zweifel darüber bestehen, daß die  
deutsche Bauarbeiterschaft ohne Organisation nie die heuti-  
gen Lohn- und Arbeitsbedingungen besitzen würde. Es  
ist gewiß nicht unser Grundsat, daß wir die Arbeitskraft  
nach Angebot und Nachfrage bewertet wissen wollen; die  
realen Verhältnisse leisten jedoch dieser Art von Be-  
wertungsweise der Arbeit starken Vorstoß. Selbst wenn  
das der Arbeitgeber mitunter gar nicht wollte, die Kon-  
kurrenz, die ja selbst an den Toren unseres Reiches  
nicht Halt macht, nötigt ihn dazu. Das eiserne Lohngesetz  
hat sich allerdings als ein Trugschluß erwiesen. Aber  
alle die Umstände, Rücksichten und Notwendigkeiten, die  
der Arbeitgeber bei alleiniger einseitiger Festsetzung der  
Lohn- und Arbeitsbedingung in Rechnung zu stellen ge-  
zwungen ist, hätten die Arbeitsbedingungen der Arbeiter  
nicht auf ihren heutigen Stand gelangen lassen. Es mag  
sein, daß in guter Konjunktur ein etwas rascherer Auf-  
schwung einsetzte, wirtschaftliche Rückschläge hätten Ver-  
besserungen zum Teil wieder aufgehoben. Die Erfahrung  
hat das ja auch hinlänglich bewiesen. Noch deutlicher be-  
stätigt wird diese unsere Auffassung durch den Hinweis  
auf das „Rein“, das die Arbeitgeber in zahllosen Fällen  
den Forderungen der Arbeiter entgegengesetzt. Besondere  
Beachtung verdienen die durch die Arbeiterorganisationen  
erreichte Gleichmäßigkeit und Stetigkeit der Löhne, wie  
aller übrigen Arbeitsbedingungen.

Nicht zu vergessen sind die großen moralischen Werte,  
die durch die Arbeiterorganisationen für die Arbeiter ge-  
schaffen wurden. Das Mitbestimmungsrecht in Fragen der  
Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen wurde in  
der Praxis durchgeführt, die gesellschaftliche Stellung des  
Arbeiters gehoben, die riesige Erziehungsarbeit und  
geistige Anregung brachte sie zu tieferem Nachdenken und  
zur Betätigung auf geistigen, politischen und andern  
kulturellen Gebieten. Das Unterstützungswesen erfährt in  
den Arbeiterorganisationen eine immer größere Aus-  
dehnung; dadurch wird den Zeiten der Not, die sich in  
Unglücksfällen einstellen, nach Möglichkeit gesteuert.

Alle diese Vorteile wären ohne Organisation nicht  
erreicht worden. Die vertragliche Regelung der Arbeits-  
bedingungen, wie sie in den Tarifverträgen sich ausdrückt,  
gehört gleichfalls mit zu ihren größten Errungenschaften.  
Die „Schraube ohne Ende“, wie die Tarifverträge von  
den Arbeitgeberverbänden mit Vorliebe bezeichnet wer-  
den, stellen nicht nur eine Sicherung der vereinbarten  
Löhne usw. dar, sondern sie verbürgen auch einen all-  
möglichen Aufstieg derselben, wenn starke Arbeiter-  
organisationen dahinter stehen. Ob nun einmal wenig oder  
nichts erreicht wurde, tut dabei nichts zur Sache. Das  
heute nun aber der springende Punkt bei manchem, der  
ihn sagen läßt, die Organisation hat mir diesmal nichts  
gebracht, also — hinweg mit ihr!

Die Lören! Als ob es damit besser würde. Darin  
offenbart sich aber auch eine so grenzenlose Unwissenheit  
und Verkennung der tatsächlichen Verhältnisse und der  
wirtschaftlichen Machtverhältnisse, daß man für diese Kurz-  
richtigen, die geradezu mit Blindheit geschlagen erscheinen,

nur ein tiefes Bedauern haben kann. Es ist nicht in die  
Macht der Arbeiterorganisation gestellt, günstige Kon-  
junkturen hervorzuzaubern. Sie muß mit den harten Tat-  
sachen rechnen, und die sind eben so, daß wir uns augen-  
blicklich in einer starken wirtschaftlichen Depression befinden.  
Können wir uns darüber hinwegsetzen? Beileibe nicht.  
Wenn es uns nun aber trotzdem gelungen ist, Ver-  
schlechterungen nicht nur aufzuhalten, sondern auch für  
weite Gebiete Verbesserungen, und zwar teilweise erheb-  
liche, zu erringen, so ist das das Verdienst der Organisation.  
Darüber sollte sich aber auch der letzte klar sein, daß ohne  
Organisation die heutige Lohnhöhe überhaupt nicht vor-  
handen, die Arbeitszeit eine längere und damit für einen  
Teil eine größere Arbeitslosigkeit verbunden wäre; aber  
auch, daß es alsdann kein Mittel gegeben hätte, Lohn-  
reduzierungen hintanzuhalten.

Wir wollen nicht auf die Einzelheiten der vergangenen  
Lohnbewegung eingehen. Wer sein Gedächtnis aber nur  
ein kleinwenig anstrengt und läßt die bekannt gewordenen  
Absichten der Arbeitgeber an seinem geistigen Auge vor-  
überziehen, der wird zu Schlüssen kommen müssen, die  
nicht ungünstig für die Organisation lauten können. Die  
ursprünglichen Angebote der Arbeitgeber mit dem heute  
festgelegten verglichen, demonstrieren das am deutlichsten.  
Dazu ohne Kampf! Wer die Bemühungen einzelner Ar-  
beitgeberführer kennt, ihre systematische Tätigkeit in dem  
Ausbau ihres Unternehmerverbandes mit der schlecht ver-  
hehlten Absicht, damit den Arbeitern die Arbeitsbedin-  
gungen diktieren zu können, der konnte an einen Friedens-  
schluß ohne Kampf unter den bekanntesten Umständen kaum  
glauben. Bei dem rabiaten Auftreten der rheinisch-west-  
fälischen Arbeitgeberführer und ihren geradezu unerhörten  
Forderungen erst recht nicht. Wir können ja heute auch  
die Absicht ihres geplanten Vorgehens durchschauen. Nach-  
dem die Fliesenlegerverhandlungen als gescheitert zu be-  
trachten waren, gingen die Arbeitgeber dazu über, ihren  
verschlechterten Vertragsentwurf mit den bekannten Ver-  
stimmungen des ursprünglichen Mustervertrages in Wirk-  
samkeit zu setzen. Wollen die Fliesenleger das nicht ruhig  
hinnehmen, sind sie genötigt, zum Angriff überzugehen.  
So würde es wohl auch in den großen Berufen gekommen  
sein, wenn eine Einigung nicht erfolgt wäre.

Ist nun etwa anzunehmen, es sei durch einen Kampf,  
der gewaltige Dimensionen angenommen hätte, besseres  
erreicht worden. Es kann ja möglich sein, daß wir uns  
täuschen, allein nach unseren Berechnungen können wir das  
kaum annehmen. Und selbst wenn etwas besseres (viel  
hätte es nicht sein können) erreicht worden wäre, die  
Opfer, die die Organisationen und ihre Mitglieder hätten  
bringen müssen, könnten einen wirklich erreichten Vorteil  
gar nicht aufwiegen. Die Hauptsache war, das Bestehen-  
de zu erhalten, dann aber keine Schwächung, sondern  
auf den Ausbau der Aktionskraft der Organisation bedacht  
zu sein. Die Ausnutzung einer besseren Konjunktur steht  
bei den heutigen Arbeitgeberverbänden starke, leistungs-  
fähige Arbeiterorganisationen voraus. Das ist die Grund-  
bedingung, wenn wir in Zukunft weitere wirtschaftliche  
Verbesserungen erreichen wollen.

Auf welche „Grundpfeiler“ setzen nun jene Kurzrich-  
tigen ihre Hoffnung, die, weil sie nun augenblicklich nichts  
erreicht haben, entweder lau in ihrer Organisationsstätigkeit  
werden oder derselben ganz den Rücken kehren? Ver-  
nünftige Gründe gibt's für die Lauen nicht, denn sie müssen  
wissen, daß sie sich dadurch nur selbst und die Allgemeinheit  
schädigen. Die Durchführung der Verträge erfordert  
starke Organisationen und die Schlagfertigkeit der letzteren  
wird durch Lauheit nicht gehoben. Die der Organisation  
den Rücken kehren, aber sind jene unlauteren Elemente, die  
nur dann den Weg zu ihr zu finden wissen, wenn Kämpfe  
bevorstehen und sie die Unterstützungseinrichtungen in  
Anspruch nehmen wollen. Ihre Kalkulation geht dahin,  
es sind nun zwei Jahre Ruhe und was sollst du  
da jetzt Beiträge bezahlen. In zwei Jahren trittst  
du dann wieder in die Organisation ein. Dank  
der Rivalität der Organisationen untereinander ge-  
lingt ihnen das auch in der Regel. Sie sehen ihr Spiel  
immer auf die letzte Karte, gelingt ihnen das nicht, werden  
sie zu Streikbrechern. Es werden sich doch schließlich auch  
noch Mittel finden lassen, um diesen unsauberen Elementen  
das Handwerk zu legen. Zeigen sich solche Erscheinungen  
bei der Mehrzahl eines Ortes, dann läßt man sie einmal  
ruhig zusehen, wie andere Orte in künftiger Zeit Auf-  
besserungen erhalten, und sie selbst sich mit nichts be-  
gnügen müssen. Das dürfte die beste Erziehungsmethode  
zur Solidarität sein.

Unsere Zukunft kann nach den bisherigen Erfahrungen  
nur dann gesichert sein, wenn wir unsere Hoffnung nicht  
etwa auf glückliche Zufälle usw., sondern nur auf die  
realen Tatsachen stellen; das ist eine gut fundierte und  
disziplinierte Organisation. Wollen wir also Männer  
sein, die ihre Zeit verstehen, dann lassen wir alle Klein-

lichen Nörgeleien beiseite und widmen unsere beste Kraft  
dem Instrument unserer Interessenvertretung, der Or-  
ganisation. Ihre Erfolge in der Vergangenheit liegen  
offen zutage, wollen wir ähnliche in der Zukunft erringen,  
dann müssen wir uns klar über die Mittel sein, die zu  
diesem Ziele führen.

### Jahresbericht des Bezirks Oberschlesien.

Das Geschäftsjahr 1907 kann, wenn man die ungeheuren  
Schwierigkeiten berücksichtigt, die in unserem Bezirk vorhanden  
sind, als einigermaßen befriedigend betrachtet werden. War  
noch im Jahre 1906 die Baukonjunktur eine sehr lebhafte, so trat  
doch im Jahre 1907 ein merklicher Rückschlag ein. Es scheint  
uns, als ob in einzelnen Städten Oberschlesiens die Baupekula-  
tion in der Hochkonjunktur ihren verderblichen Einfluß geltend  
gemacht habe, das „Pletemachen“ ist besonders in Kattowitz  
im vorigen Jahre recht häufig vorgekommen. In Oberschlesien  
ist die gesamte Gewerkschaftsbewegung noch im Anfangsstadium  
begriffen, trotz der vielen Opfer, die hier von den einzelnen  
Organisationen gebracht worden sind. Es ist bekannt, daß seit  
mehreren Jahren auch das Industriegebiet Oberschlesien zu  
den Bezirken gehört, wo politische Kämpfe mit aller Leidenschaft  
geführt werden. Wir können uns des Gefühls nicht erwehren,  
daß einige großindustrielle Drahtzieher den politischen Kampf  
bei jeder Gelegenheit schüren helfen, um so die Blicke der  
Arbeitermassen von den vielen Mißständen und den schlechten  
Lohnverhältnissen abzulenken, was ihnen auch zu gelingen  
scheint.

Im Baugewerbe ist die Arbeiterschaft wohl noch mit am  
besten organisiert. Doch auch hier sind die Hindernisse, die  
das schnelle Vordringen der Organisation unmöglich machen,  
nicht gering. Im Industriegebiet selbst sind fast keine Kollegen  
ansässig, so daß ein Vorstoß für längere Zeit in der Regel nicht  
vorhanden ist. Außerdem wird die Arbeit sehr viel gewechselt,  
und dadurch geht in dem großen Industriegebiet die Führung mit  
den Leitern der Organisation sehr oft vollständig verloren. Daß  
die doppelte Sprache die Agitation sehr erschwert, kann für den,  
der mit den Verhältnissen einigermaßen vertraut ist, keinem  
Zweifel unterliegen. In jeder Versammlung tritt die Tatsache  
in die Erscheinung, daß eine Anzahl Kollegen den Vortragenden  
nicht richtig verstanden haben, trotzdem der Redner sich populär  
auszubringen versucht. So gut es möglich war, wurde versucht,  
auch in politischen Vorträgen den Kollegen den Gewerkschafts-  
gedanken beizubringen. Das dürfte wohl in der Zukunft ganz  
ausgeschlossen sein, denn nirgends ist die politische Bewor-  
mung größer, als hier. Nicht genug, daß die Gruben- und  
Hüttenbarone das Kapital in Händen haben, und somit über ge-  
waltige Machtmittel verfügen, nein, oft sind auch Gruben- und  
Hüttendirektoren die Ausüher der politischen Gewalt, weil  
ihnen die Amtsvorsteherschaft mit übertragen ist. Wer diese  
Dinge richtig durchschaut, wird es begreifen, daß es in einigen  
Orten nicht möglich ist, Lokale zu bekommen, um Versammlungen  
abhalten zu können. Nicht in letzter Linie sind auch die Verhält-  
nisse schuld, unter denen die Arbeiterschaft lebt, durch die sie  
wenig zum Denken angeregt wird. Wer den ganzen Tag  
gearbeitet hat, und dann nach Feierabend in eine Wohnung  
kommt, die jeden anständigen Menschen anwidert, wird kaum  
Luft verschöpfen, seinen Geist noch anzustrengen.

Die Agitation wurde sowohl auf dem Lande, als auch im  
Industriegebiet betrieben, wenn auch nicht mit dem gewünschten  
Erfolg. Die Mitgliederzahl vermehrte sich von 680 Mitgliedern  
im Jahre 1906 auf 1160 im zweiten Quartal 1907. In Münster-  
berg und Frankenstein wurde je eine Zahlstelle gegründet, die  
aber nicht zu halten waren, ähnlich wie es mit Riegenhals.  
Hier war es nicht möglich, auf den Dörfern Lokale zu bekommen,  
da es jedenfalls der „Behörde“ nicht lieb war, daß der „Stille  
Friede“ gestört werde, und somit ging die Zahlstelle wieder ein.  
Die Zahlstelle Oppeln hat sich einigermaßen gut entwickelt,  
trotz der Schwierigkeiten, die dort vorhanden sind. Um eine  
bessere Ueberbrückung über die ganze Bewegung zu ermöglichen,  
wurde im Industriegebiet die Zentralisierung durchgeführt. Daß  
es anfangs einer Anzahl Kollegen nicht paßte, darf nicht wunder-  
nehmen. Heute dürfte wohl Einmütigkeit darüber herrschen,  
daß es ohne Zentralisierung nicht möglich wäre, Ordnung zu  
halten. Gewiß läßt die pünktliche Abrechnung in den Zahl-  
stellen noch viel zu wünschen übrig, und die Kollegen sollten  
durch pünktliches Beitragszahlen dem Kassierer die Arbeit leicht  
machen, damit auch hierin in der Zukunft eine Besserung erzielt  
werden kann.

Die Lohnbewegungen wurden im Bezirk ohne Kampf geführt.  
In Reiche wurde ein Tarif abgeschlossen bis 1910. Der Stun-  
dentlohn wurde von 33 Pf. auf 36 Pf. sofort, und vom 1. April  
1908 auf 38 Pf. erhöht. Die Arbeitszeit wurde auf 10 Stunden  
festgesetzt. Wahrscheinlich hätten wir den Tarif auf 2 Jahre  
bekommen, wenn nicht die Herren von den Fachabteilungen von  
„Eich Berlin“ erklärt hätten, daß ein dreijähriger Tarif den Ar-  
beitern genehm sei. Wer die Facharbeiter und ihre Leitung  
kennt, weiß, daß diese am liebsten Tarife ohne Lohnhöhung  
auf alle Ewigkeit abschließen, dann wäre wenigstens die Streik-  
theorie so gelöst, wie es „Eich Berlin“ wünscht.

Im Industriegebiet Oberschlesien hatte der Tarif, den die  
sozialdemokratischen Gewerkschaften im Jahre 1905 ohne uns  
abgeschlossen hatten, am 1. April 1907 sein Ende erreicht. Der-  
selbe Versuch, uns außeracht des Vertrags zu lassen, wurde  
auch im Berichtsjahr gemacht. Die Unternehmer erklärten, sie  
seien bereit, mit uns zu verhandeln, doch die Leitung der sozial-  
demokratischen Verbände habe dieses abgelehnt. Denselben Tarif  
schlossen die Unternehmer auch mit unserem Verbande ab. Wir  
zweifeln nicht, daß der Versuch, uns auszuschließen, auch bei

Erbe des jetzigen Vertrages wieder gemacht wird, doch fürchten wir uns davor nicht. Wenn unsere Organisation nicht solche kleine Stürme aushalten könnte, dann verdient sie, bald unterzugehen. Zweifellos hätten in dem Tarif, der eine Lohnerhöhung für 2 Jahre von 5 Pf. und die 10stündige Arbeitszeit gebracht hat, noch manche Verbesserungen bei gemeinschaftlichem Vorgehen erzielt werden können. In Zukunft gelang es uns, ohne einen Tarif zu erreichen, den Stundenlohn von 22 auf 27 Pf. zu erhöhen. Hoffentlich gelingt es auch hier, durch einen Tarifabschluss die schlechten Wöhne dieses Jahr weiter zu verbessern.

Überall ist der Kampf mit den Gegnern im Anfang am schwersten, das ist für den, der mit der Gewerkschaftsentwicklung vertraut ist, ja nicht neu. Doch glauben wir, daß es uns gelingen wird, unserer Organisation die Gleichberechtigung zu erkämpfen. Der Kampf um die Existenzberechtigung mußte oft in kämpferischer Weise geführt werden, es scheint aber, als sollte hier eine Besserung eintreten. Die Gegenkräfte, die uns von den sozialdemokratischen Organisationen trennen, und in der heillosen Weltanschauung begründet sind, werden fortbestehen, doch dürfte der Kampf zwischen zwei Gegnern sich in maßvollen Formen bewegen, wie das auch schon im Interesse der Arbeiterchaft liegt.

Die katholischen Fachabteilungen, die an einigen Orten unseres Bezirks in Frage kommen, bedienen sich, das ist ja allgemein bekannt, allerlei verwerflicher Mittel, um die christlichen Gewerkschaften zu bekämpfen. Uns scheint es, als ob die „Berliner“ Agitatoren nur in den christlichen Gewerkschaften ihren Gegner sehen, den sie bei jeder Gelegenheit verunglimpfen müßten. Das will es denn heißen, wenn man z. B. in der Presse liest: Der Herr Arbeitsekretär hielt einen Vortrag: „Ueber die Umtriebe der sozialdemokratischen und christlichen Gewerkschaften“. Das ist doch eine Agitation, die jeden anständigen Menschen anwidert. Wenn die Herren „Berliner“ es so weitermachen, dann dürften sie Verhörung von der „Zeitschrift“ noch überstreifen im „guten Ton“. Die ganze „Berliner“ Bewegung ist keine selbständige Arbeiterbewegung, sondern die Leute werden durch Unternehmer und deren Angestellte im „Berliner“ Verband gefangen. Die Zeit schreitet weiter fort, und der Augenblick dürfte kommen, wo die Arbeiter ihren Vorwandern den Rücken kehren. Denn was in Döppeln sich vor zwei Jahren abspielte, ist sehr lehrreich. Dort zahlten einige Unternehmer die Beiträge für die Fachabteilung, für die sozialdemokratische Organisation zahlten die Leute selbst. Der vom „Sitz Berlin“ abgeschlossene Vertrag wurde durch einen längeren Kampf beseitigt und „Sitz Berlin“ hatte seine Unfähigkeit bewiesen. Die Agitatoren vom „Sitz Berlin“ lösen die Arbeiterfrage so im Handumdrehen. Es hat gewiß schon große Geister gegeben, die sich mit der Arbeiterfrage befaßten, Männer, die ihr ganzes Leben geopfert haben, um die verschlungenen Probleme zu lösen. Doch alle diese Herren sind bloße Waisenkinder gegen einen Wall und andere vom „Sitz Berlin“, die schon bloß „Merum Koborum“ und dann ist der Arbeiterchaft schon geholfen. Anfangs gab es sogar unter diesen „Berliner“ Personen, die in dem Wald lebten, Oberschlesien sei nur für den „Sitz Berlin“ da, es scheint, als ob sie jetzt davon geheilt sind.

Das Agitationsfeld ist in unserem Bezirk noch ein recht großes, doch fehlt es noch immer an tatkräftigen Mitarbeitern. Gehilf ist eine Anzahl Kollegen vorhanden, die mit Opfermut für die Sache arbeiten, diesen sowie allen Freunden unserer Bewegung sei an dieser Stelle der Dank ausgesprochen.

Auch in diesem Jahre muß mutig weitergekämpft werden, allen Hindernissen zum Trotz. Die Bauarbeiter waren schon oft die Pioniere in der Gewerkschaftsbewegung, nun, hier werden sie es auch sein. Es muß unsere Aufgabe sein, auch hier an der Vorkampfront die Fahne der christlichen Gewerkschaftsbewegung aufzuführen, mag es auch schwer sein. Bereinigte Rängen muß zum Siege führen.

Pat. Mich. Hoffr. 11. Fr. Schradl.

### Rundschau.

Der Zentralverband der Maurer Deutschlands beruft auf den 30. August d. J. eine außerordentliche Generalversammlung nach Hannover ein. Auf der Tagesordnung steht 1. Bericht des Verbandsvorstandes, 2. Bericht vom Gewerkschaftskongress zu Hamburg, 3. Bericht von der internationalen Maurerkonferenz, 4. Beratung der auf Statutenänderung vorliegenden Anträge, 5. Lohnbewegung und Tarifverträge, 6. Festlegung des Verbandsvorstandes und Regelung der Bureaufrage für die Zentrale des Verbandes, 7. Einführung neuer Mitgliedslegitimationen, 8. Beratung der Anträge, soweit dieselben nicht bei den vorhergehenden Punkten erledigt sind, 9. Wahl des Verbandsvorstandes, der Revisoren usw. Die ordentliche Generalversammlung obengenannten Verbandes hätte im nächsten Frühjahr stattfinden müssen. Die Veranstaltung zu der jetzigen außerordentlichen Zusammenkunft ist in dem diesjährigen Tarifabschlusse und dem dadurch entstandenen Schwierigkeiten zu suchen.

Erfolge christlicher Gewerkschaftsarbeit. Der Zentralverband christlicher Arbeiter und Arbeiterinnen hat im Jahre 1907 wiederum erhebliche Erfolge in bezug auf die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse seiner Mitglieder zu verzeichnen. Es erhielten pro Woche an Lohnerhöhung 15 Mitglieder 1,20 M., 570 Mitglieder 1,80 M., 170 Mitglieder 2,30 M., 18 Mitglieder 3 M., 170 Mitglieder 3,60 M., 172 Mitglieder 4,20 M. und 48 Mitglieder 6 M. pro Woche, demnach 1163 Mitglieder eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 3,25 M. pro Woche. Die Gesamtloohnerhöhungen machen bei 50 Arbeitswochen die respektable Summe von 161.160 M. aus. Setzt man 40 Arbeitswochen zugrunde, innerhalb noch 128.288 M. An Arbeitszeitverlängerung wurde erreicht für 410 Mitglieder eine solche von 6 Stunden pro Woche, für 63 Mitglieder von 3 Stunden pro Woche. Es macht dieses bei 50 Arbeitswochen insgesamt 132.450 Stunden, bei 40 Arbeitswochen 96.000 Stunden im Jahre Arbeitszeitverlängerung aus. Außerdem wurden noch eine Reihe Verbesserungen durch tactische Forderung von Zuschlägen für gefährliche Arbeiten, Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeiten erzielt. Der christliche Arbeiterverband hat hierdurch auch im Jahre 1907 wieder bewiesen, daß er voll und ganz die Interessen seiner Mitglieder zu wahren und zu fördern weiß.

Ueber die Bauqualität in Groß-Berlin hat das Statistische Amt in Charlottenburg eine Zusammenstellung gemacht, aus der deutlich hervorgeht, wie sehr die Bauqualität im Jahre 1907 gegen das Vorjahr zurückgegangen ist. Die Zahl der Baugenehmigungen für neu- und größere Umbauten ist in Berlin im Jahre 1907 von 1749 auf 1390 gesunken, in Köpenick von 457 auf 363, in Charlottenburg von 265 auf 261, in Spandauer von 202 auf 123, in Wilmersdorf von 187 auf 169, in Westensee von 170 auf 114, in Stieglitz von 164 auf 106, in Pantow von 151 auf 91, in Friedrichshagen mit Neukölln von 125 auf 90, in Hiltberg von 123 auf 90 usw. Von den größeren Bauwerken hat nur Preptow eine Zunahme von 146 auf 166. Übereits ist die Zahl der als gebrandschädigt abgenommenen neu- und größeren Umbauten in den letzten Jahren sehr überall gefallen; in Berlin von 910 auf 769, in Charlottenburg von 290 auf 200, in Spandauer von 187 auf 121, in Pantow von 170 auf 93, in Hiltberg von 143 auf 71, in Preptow von 135 auf 121. In Wilmersdorf ist für den 33. auf 414 gesunken, in

Friedenau von 80 auf 91, in Dahlem von 33 auf 36, in Stieglitz von 40 auf 57, in Groß-Lichterfelde von 116 auf 146 und in Preptow von 107 auf 171. Im Laufe des vergangenen Winters dürfte die Lage sich noch mehr verschlechtert haben. Es wäre zu wünschen, und ist auch schließlich anzunehmen, daß unter den nunmehr geordneten Verhältnissen eine halbige Besserung der Bauqualität einsetzt.

Unternehmerterrorismus. Die Rücksichtslosigkeit der rheinisch-westfälischen Grubenbesitzer ist bekannt. Neben der Ausbeutung der breiten Volksmasse durch ihre Syndikalsherrlichkeit geht ihr Streben auf die Knechtung der Arbeiterorganisationen und der einzelnen Arbeiter hinaus. Noch vor einigen Tagen konnte der Syndikalsherrliche im ersten Quartal dieses Jahres höher sein, wie in der gleichen Zeit des Vorjahres; die Löhne dagegen zeigten Neigung zum Nachgeben. Welcher Art das Treiben der Syndikalsherrlichen ist, geht aus der Veröffentlichung der (wahrscheinlich unter Vertrauensbruch) Satzungen des Besenverbandes, der seinen Sitz in Essen hat, hervor. Darin heißt es:

Die Verbandsverträge übernehmen nach § 8 der Satzungen u. a. folgende Verpflichtungen: 1. Während der Dauer eines Ausstandes auf einem Verbandsvertragswerk und während drei Monaten nach Beendigung des Ausstandes darf kein Arbeiter dieses vom Ausstande betroffenen Verbandsvertrages angenommen werden. Für die gleiche Zeit darf ein vom Ausstande betroffenen Werk keinen Arbeiter von einem anderen Verbandsvertragswerk annehmen; 2. Arbeiter, die vereinzelt unter Kontraktbruch die Arbeit auf einem Verbandsvertragswerk niedergelegt haben, dürfen während sechs Monaten von einem anderen Verbandsvertragswerk nicht angenommen werden. Hat eine Verkleidung erst nach der Annahme eines vertragsbrüchigen Arbeiters von dem Vertragsbruch erfahren, so hat sie seine Kündigung zu veranlassen, es sei denn, daß das nach dem Vertragsbruch begründete Arbeitsverhältnis schon länger als drei Monate besteht. 3. Ist in einem Bergbaubezirk ein Ausstand ausgebrochen, so kann der Vorstand mit vier Fünfteln Mehrheit der anwesenden Stimmen beschließen, daß während der Dauer des Ausstandes und während drei Monaten nach Beendigung des Ausstandes kein Arbeiter aus dem betreffenden Bezirk angelegt wird; vorausgesetzt, daß die Werke jenes Bezirkes die gleiche Verpflichtung dem Verband gegenüber angenommen haben. Zuvidenhandlungen gegen die Satzungen oder die Beschlüsse der Hauptversammlung sollen mit einer Strafe bis zu 1000 M. für jeden Fall der Zuwiderhandlung gesühnt werden, sofern nicht die Ausschließung des Verbandsmitgliedes beschloffen ist.

Bezüglich der Leistungen des Verbandes heißt es in § 10 der Satzungen u. a.: „Eine Entschädigung wird nicht gewährt, wenn die Beendigung des Ausstandes dadurch herbeigeführt wurde, daß das vom Ausstande betroffene Werk die von der Verbandsversammlung erhobenen Forderungen, deren Ablehnung den Ausstand veranlasste, nachträglich vollständig oder im wesentlichen ohne Billigung des Vorstandes anerkannt hat.“

Freizügigkeit der Arbeiter ist diesen Herrn gegenüber leerer Schall. Zur Verteidigung führen sie nun in der „Rheinischen Zeitung“ an, damit sollten bloß die Hummer, die Faulenzer, getroffen werden. Wie jedoch die Organe der Bergarbeiterverbände mitteilen, befinden sich auch ordnungsmäßig abgekehrte Bergarbeiter darunter. Die im März herausgegebene Liste der Ausgesperrten zählte 586 Personen, die vom 5. Mai bereits 1058. Wie verhält es sich aber mit den Streikenden? Sind das etwa auch Faulenzer, wenn sie sich gegen Untraglichkeiten irgendwelcher Art, oder gegen Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen wenden? Komisch herrscht es daher, wenn die „Samburger Nachrichten“ anlässlich der Wolgaster Streikereise, die sich in diesen Tagen ereigneten, nach einer Lobpreisung der schweizerischen Antistreibergesetze meinen:

„Früher oder später wird und muß sich auch in Deutschland die Ueberzeugung im ganzen Bürgertum durchsetzen, daß den schweren Gefahren und Nachteilen des Streikunwesens nur mit einer ernsthaften Repressivgesetzgebung wirksam zu begegnen ist.“

Das edle Scharfmacherblatt täte besser sich gegen den Terrorismus der Grubenherren zu wenden.

Ein dummdreier Mistzug. Wie wir schon berichtet, hatte der ganze sozialdemokratische Mäxterswald des rheinisch-westfälischen Bezirks Kapital zu schlagen gesucht wegen Abspaltung und Ausschluß einiger Quertreiber in Aachen aus dem christlichen Metallarbeiterverband.

Die sozialdemokratische Presse mußte sich bequemen, eine Verächtlichkeit des Verbandsvorsitzenden Wieber auf Grund des § 11 des Preßgesetzes aufzunehmen, worin das Vorgehen der Verbandsleitung auf das vollkommenste gerechtfertigt darsteht. Um ihre Leser nun nicht merken zu lassen, wie sie angelogen worden sind, sucht sie dieselbe ein objectives Mantelchen umzuhängen, indem sie schreibt:

„Unser Bericht ist eine sachliche Wiedergabe der Verhandlungen, die am Sonntag, den 10. Mai, bei Kettentis in der Eilfhorntschloßstraße in Aachen stattgefunden haben.“

Seine Verammlung war aber nur von den paar Abgeplitterten einberufen. Es war deshalb erklärlich, daß dieselben die Dinge zu ihren Gunsten darzustellen versuchten und sich als die getränkte Unschuld ausgaben.

Das konnte und mußte auch die sozialdemokratische Presse wissen, als sie die Schwärzartikel verbreitete, und ihre Urheber haben es auch gewußt. Aber man wollte wieder einmal im Trüben fischen nach dem geflügelten Grundfatz: Verleumde nur zu, etwas bleibt immer hängen; auch nebenbei noch, um etwas in politischen Maßgeschäften machen zu können.

Vollständig lächerlich macht sich aber die sozialdemokratische Presse, wenn sie wie die „Rheinische Arbeiterzeitung“ in ihrer Berleghenheit schreibt: „Daß Herr Wieber nicht ganz so unschuldig ist, wie er sich in seiner vom Stapel gelassenen „Verächtlichkeit“ hinstellt, beweist schon der Umstand, daß er dieselbe der gesamten hiesigen und benachbarten Zentrumspresse überlieferte. Wer sich so ganz kapitelschäbig fühlt, wie Herr Wieber, der braucht nicht so auszupolen, wie er es getan.“

Wer laßt da? Also wer sich „kapitelstschäbig“ fühlt, der läßt ruhig die ganze sozialdemokratische Preßmeute über sich herfallen, die größten Verdächtigungen gegen sich und seine Sache schleudern und schweigend dazu. So etwas würde derselben ja sehr ungemach sein. Auf diese Art konnte sie am besten jeden Lug und Laug verbreiten. Die christliche Arbeiterchaft aufheben und sich noch als Hüterin von Wahrheit und Recht ausgeben.

Unsere Aufgabe aber soll es sein, auf Schritt und Tritt die sozialdemokratischen Eigegebeisse zu zerstören, den Arbeitern zu zeigen, wie wenig jene Preße geizig ist, ihre Interessen zu vertreten. Reuten, denen jedes Mittel recht ist, wenn es gilt, andere zu verdrängen, können wohl zerstört, aber nicht aufbauen. Wögen sich dieses besonders unsere christlichen Arbeiter merken, dann werden sie niemals auf sozialdemokratische Lügen hereinfallen.

Reichsversicherungsamt und Konsumvereine. Das Reichsversicherungsamt hat erlassen, daß Konsumvereine ein Einzug des § 1 Nummer 5 des Erwerbs- und Wirtschaftsvereinsgesetzgesetzes, also Vereine, die Lebens- und Wirtschaftsbedürfnisse im großen auf gemeinschaftliche Rechnung einlaufen und in kleinen an die Mitglieder ablassen, nicht unter §§ 1 und 2

des Gewerbe-Unfallversicherungsgezes fallen, da sie nicht werbmäßig (zu Zwecken des Erwerbes), sondern nur zur Durchführung von Ersparnissen für die Mitglieder betrieben werden können. Dagegen können Produktivgenossenschaften (§ 1 Nummer 4 Genossenschaftsgesetzes), die Gegenstände gewerblicher Natur stellen oder be- und bearbeiten, der Versicherung unterliegen, da sich ihr Betrieb nach Art eines Gewerbebetriebs vollzieht, die Bestimmungen der Gewerbeordnung auf sie Anwendung finden. Konsumvereine, mit denen eine Herstellung von (gewerblichen) Gegenständen in nennenswertem Umfang verbunden ist, insoweit als Produktivgenossenschaften sind, unterliegen deshalb insoweit den für diese geltenden Bestimmungen. Wird also hier vom Reichsversicherungsamt die Konsumvereine das bezeichnet werden, was sie sind, nämlich Spareinrichtungen für die Mitglieder, konnte sich trotzdem der Preussische Landtag im Vorjahre dazu ausschließen und die Steuerpflicht für säkliche Konsumvereine einzuführen. Ländliche Genossenschaften dergleichen blieben dagegen frei.

Aus der bayerischen Metallindustrie. Die für die bayerische Metallindustrie beabsichtigte Schlichtungsordnung zur Regelung von Streitigkeiten zwischen Arbeitern und Arbeitgeber hat im Lauf der letzten Monate Gegenstand mehrerer Verhandlungen gegeben, an denen Vertreter des bayerischen Metallindustriellen-Verbandes und der verschiedenen Richtungen Arbeiterorganisationen teilgenommen haben, vorbehaltlich Zustimmung der für die einzelnen Delegierten in Betracht kommenden Instanzen, zu einer Einigung geführt, welche ein n allzu fernes Inkubieren der Schlichtungs-Kommission hoffen lassen.

Die französischen Gewerkschaften. Kürzlich veröffentlicht das französische Arbeitsamt eine Statistik der französischen Gewerkschaften im Jahre 1906. Es gab im Berichtsjahre 5322 liche Syndikate mit 896 012 Mitgliedern gegen 4857 Syndikate mit 836 134 Mitgliedern im Jahre 1905. An erster Stelle stehen die Gewerkschaften der Gruppe der Handels- und Transportangestellten mit 880 Syndikaten und 260 869 Mitgliedern. Keine Gewerkschaften sind hier von jedoch nur Organisationen der Eisenbahner mit 50 000, der Handelsangestellten mit 30 000 und der Transportarbeiter mit 40 000 Mitglieder. Die anderen Vereine sind Unterstützungsvereine mit den verschiedensten Wohlfahrtszwecken, ohne aber Lohnkämpfe zu führen. Nach Berufsgruppen gehören von den als gewerkschaftlich organisiert angeführten Arbeitern 51 407 (1,76 Prozent) Land- und Forstwirtschaft und der Fischerei an, 64 194 (35 Prozent) davon sind Bergarbeiter, 48 333 (7,92 Prozent) Arbeiter in der Lebensmittelindustrie. Im Durchschnitt sind 1,6 Prozent aller Branchenangehörigen gewerkschaftlich organisiert. Als Genossenschaften der Gewerkschaften sind nur die Subventionen der Gemeinden und Departements per 450 000 Franken verzeichnet. Außerdem werden 131 Arbeitsbüros von den Gemeinden gehalten. Die Unternehmer sind in 3612 Syndikaten mit 315 Mitgliedern (23,34 Prozent) organisiert.

### Wirtschaftliche Bewegung.

Zuzug senken: Weiskenburg i. G., Aussperrung (Maurer Zimmerer und Bauhilfsarbeiter), Kaiserstaumern (Maurer Zimmerer und Bauhilfsarbeiter), Rheinland und Westfalen (Fliesenleger). Gessert ist das Baugeschäft Herrmann in Bismarckstein, Döhr, Saalgau, Württemberg.

#### Rheinisch-westfälisches Erzfeld.

Wie wir in Nr. 22 der „Baugewerkschaft“ mitteilten, waren die Verhandlungen mit den Plattenlegerarbeitern bis zum 19. Mai vertagt. Die Weiterverhandlungen am 19. Mai scheiterten aber daran, daß die Unternehmer für die gesamten in Frankfurt kommenden Orte, mit Ausnahme von Köln, Düsseldorf, Dortmund und Hagen, eine Lohnreduzierung von 1 Pf. pro Stunde, also statt 72 Pf. wie bisher, 71 Pf. zahlen wollten. Die Fortsetzung der Plattenleger betrug 80 Pf., welche jedoch von den Vertretern derselben auf 75 Pf. reduziert wurde. Am 25. Mai schieden nun die Vertreter der Plattenleger vom rheinisch-westfälischen Arbeitgeberbund ein Schreiben, worin angefordert wurde, daß vom 25. Mai ab der neue Mustervertrag des Arbeitgeberbundes in Kraft trete. In diesem neuen Verträge, oder Arbeitordnung, wie die Bundesvertreter sagen, sind alle jene scheinlichen Bestimmungen von dem ehemaligen Vertragsmuster des rheinisch-westfälischen Arbeitgeberbundes übernommen. Dieser sind die Stundenlöhne von 2-10 Pf. pro Stunde und die Akkordlöhne um 15, 20, 30 und mehr Pfennige pro Quadratmeter reduziert. Die Lohnzuschläge sind um die Hälfte reduziert und teilweise ganz beseitigt. Auch die Arbeitszeit ist um eine halbe bis 1 1/2 Stunde verlängert. Überall wo die Unternehmer die Plattenleger zu diesen neuen Vertrag vorlegten, haben dieselben mit der Betriebsbesperre geantwortet. Zurzeit befinden sich 3 Plattenleger im Ausstande. In Frage kommen 548 Plattenleger bei 109 Unternehmern. 58 von letzteren legten den neuen Vertrag vor.

#### Bezirk Köln.

Düsseldorf, 30. Mai. Die hiesigen Fliesenleger sind, nachdem die Verhandlungen in Essen gescheitert waren, am Dienstag den 26. Mai, in Streit getreten. Nach den Verhandlungen man allgemein der Ansicht, die Bewegung nunmehr brüchig lassen und weiterzuführen. Auf ein Schreiben, welches von der allgemeinen Lohnkommission an den hiesigen Arbeitgeberverband gerichtet, und in welchem um Unterhandlungen ersucht wurde, lief folgende Antwort ein: „Die Generalversammlung der Plattenleger für das Plattenlegergewerbe vom 25. Mai hat folgende Beschlüsse gefaßt: 1. daß vom Montag, den 25. Mai ab die angebotene Arbeitsordnung und der neue Akkordtarif für sämtliche Arbeitstätten in Kraft tritt; 2. daß der Stundenlohn von demselben Tage ab einheitlich im ganzen Bereiche der Vereinigung auf 70 Pf. festgesetzt wird; 3. daß Einzelverhandlungen nirgends geführt werden.“ In dem Begleitschreiben hierzu heißt es weiter: „Falls in der Angelegenheit der Plattenleger Ihrer gerichtlichen Mitteilungen zu machen sind, so bitten wir die lediglich zu richten an die Zentrale, die Geschäftsstelle des Vereines der Arbeitgeberverbände für das Baugeschäft in Rheinland u. Westfalen, Essen (Mühlr), Kellinghauser Str. 42, gez. G. Schmidt haus.“ - Aus der aufgestellten Arbeitsordnung möchten die Kollegen zum Studium das Interessanteste zur Kenntnis bringen. Im § 2 heißt es: „Jeder Arbeiter, der bei einem Arbeitgeber in Arbeit treten will, ist verpflichtet, seine Leitungsarbeiten (Arbeitsbuch), Entlassungsschein und alle sonstigen Arbeitszeugnisse seines letzten Arbeitgebers vorzulegen. Außerdem ist jeder Arbeiter verpflichtet, ein Arbeitsbuch zu führen, aus welchem ersichtlich ist, wann und wo derselbe zuletzt gearbeitet hat. Dieses Buch ist jedem Arbeitgeber beim Dienstantritt vorzulegen. Der neue Arbeitgeber ist verpflichtet, dasselbe einzuführen. Die Arbeitsscheine sind in den Geschäften erhältlich. Bei der Annahme des Arbeiters erfolgt seine Eintragung in die Stammliste. Außerdem hat jeder Arbeiter seine Wohn- und Familienverhältnisse bei der Eintragung anzugeben. Etwas Wohnungsverwechslung ist mitzuteilen. Ein Arbeiter ohne Entlassungsschein wird nicht angenommen.“ - Diesem Zuchthausparagrafen ist wohl nichts hinzuzufügen. Auf diese Weise wurden die Arbeiter die schwarzen Listen für sich selbst in der Hand herumtragen. Die Stundenlöhne, welche im Industriegebiet

erleitet 72 Pf. (Köln 80 Pf.) betrogen, wollen die Unternehmer auf 70 Pf. reduzieren. Die Akkordsätze weisen nach dem Muster ebenfalls Lohnabzüge bis zu 50 Prozent auf. Für Ueberstunden sollen 10 Prozent, für Nachtarbeit 25 Prozent und für Sonntagarbeit 50 Prozent gezahlt werden. Auch sollen diese Sätze nur dem „tüchtigen“ Mattenleger gezahlt werden. Unter diesen Umständen waren die Kollegen gezwungen, den Kampf gegen sie nicht dem Diktum unterwerfen (wollten) aufzunehmen. Die Konjunktur ist zwar nicht die beste, jedoch war die Arbeitslosigkeit im Mattenleger in Düsseldorf nicht zu verzeichnen. Die gesamte Bauarbeitergewerkschaft muß Interesse daran haben, den Fliesenlegern bei diesem Kampfe tatkräftig zur Seite zu stehen. Mein Maurer und sonstiger Berufskollege darf während des Streikes Arbeiten ausführen, welche dem Mattenleger zugute kommen.

**Jülich**, den 17. Mai. Heute fand in Coslar eine Versammlung für das hiesige Lohngebiet statt. Tagesordnung war: Stellungnahme zu dem Ausfall der Lohnbewegung. Im vergangenen Winter richteten wir an die Arbeitgeber ein Schreiben, in dem wir auf die Unzulänglichkeiten der bisher gezahlten Löhne hinwiesen, und baten um Verhandlungen, um über die Lohnfrage eraten zu können. Eine Forderung wurde formuliert, die den Unternehmern bei der Verhandlung übergeben werden sollte. Am 7. Februar fanden Verhandlungen mit der Kommission des Arbeitgeberverbandes statt. Zu einem Resultat führten die Verhandlungen nicht. Die Unternehmer wollten lediglich nur einmal spekulieren, um zu erfahren, welcher Lohn gefordert würde, und wie einzig die Arbeiter wären. Hier wurden die Forderungen zum unterbreitet. Der Jülicher Arbeitgeberverband schloß sich dem Verein der Arbeitgeberverbände für Rheinland und Westfalen an. Er bestand alsdann darauf, daß die weiteren Verhandlungen mit in Essen geführt werden sollten. Einen allgemeinen Vertragsentwurf hatten sie jedoch uns nicht unterbreitet. Die Kollegen lehnten es strikte ab, daß für Jülich die Verhandlungen in Essen stattfänden. Durch den Bekannten Berliner Schiedsrichter Herr unparteiischen Schiedsrichter veranlaßt, behaupteten die Unternehmer, daß auch Jülich unter den Schiedsrichter falle, obwohl sie keinen Mustervertrag vorgelegt hatten. In Essen verteidigte der Kollege Lange die Meinung der Kollegen, zumal der Ansicht war, daß die Jülicher Verhandlung nach den hiesigen Berliner Verhandlungen stattgefunden habe. Da es sich jedoch herausstellte, daß die Jülicher Verhandlung vor den Berliner Verhandlungen stattgefunden hatte, entschieden die Essener Verhandlungsleiter, daß auch Jülich unter den Berliner Schiedsrichter falle. Die Unternehmer hatten beschlossen, einen Einheitslohn von 38 Pf. für Maurer, und 28 Pf. für Hilfsarbeiter zu zahlen. Diesen Lohn hatten sie auch bei der Berliner Verhandlung auch tatsächlich angegeben. Der Unternehmer Dreßen hatte auf Grund dieses Beschlusses den meisten Leuten den Lohn um 2 Pf. reduziert. Bezirksleiter Lange wurde daraufhin sofort vorzeitig. Jedoch Herr Dreßen setzte den Beschluß des Arbeitgeberverbandes durch. Da in Essen eine Einigung über die Lohnhöhe nicht erzielt wurde, erzielte Kollege Lange eine einstweilige Verhandlung. Diesem Ersuchen kam Herr Kuderz nach. In der örtlichen Verhandlung nahmen auch die gewählten kommissionären teil. Die Unternehmer lehnten es mehr oder weniger ab, mehr als 40 Pf. für Maurer und 30 Pf. für Hilfsarbeiter zu zahlen. Nach mehrmaligem eindringlichen Zureden seitens des Kollegen Lange, erklärten die Unternehmer am schließlich bereit, im nächsten Jahre 42 resp. 32 Pf. zu zahlen. Die Versammlung nahm nach einem Bericht über die Verhandlungen hierzu Stellung. Die Kollegen stimmten ein, nachdem festgestellt wurde, daß diese Löhne als Minimum gelten, gegen eine Stimme dem Tarif zu. Damit ist die erste Lohnbewegung ohne Kampf erledigt. Der Erfolg ist ein Beweis für die ungünstigen augenblicklichen Konjunkturverhältnisse nicht zu unterschätzen. Sobald der Tarif unterschrieben ist, den Kollegen zugefickt werden. Die Anwesenden versprachen, auch weiterhin tatkräftig für die Erhaltung der Organisation einzutreten, damit nach Ablauf des Tarifes weitere Fortschritte gemacht werden können. Es ist Pflicht eines jeden, darauf zu achten, daß der Tarif auch strikte durchgeführt wird.

**Bezirk Frankfurt a. M.**

**Eiterfeld**. Um den fortgesetzten Maßregelungen zu begegnen, suchten wir eine Unterhandlung mit dem Direktor der Eiterfelder Basaltwerke in Gotha nach. Die Unterhandlung fand am 26. Mai statt und mußten wir daraus entnehmen, daß die Maßregelungen zurückgenommen werden sollten. Damit wäre die Organisation anerkannt gewesen. Am morgigen erklärte jedoch der Herr Direktor, sich auf keine Verhandlungen einzulassen. Es mußten sich also inzwischen Einflüsse geltend gemacht haben, um eine Einigung zu hintertreiben. So diese herkommen, dürfte nicht schwer zu erraten sein. Anheind hat die Geschäftsführung in Eiterfeld Gründe, um die Verhandlung zu hintertreiben, damit ihr Gebaren nicht aufgedeckt wird. Es wird nun versucht, Stallener heranzuziehen, und konnten wir bereits ca. 100 Mann abschicken. Da die Eiterfelder Basaltwerke fast nur für die Staatsbahn liefern, werden wir uns an das Ministerium wenden, um zu erfragen, ob ein Defizient des Staates mit gesetzlich gewährten Rechten der Bürger in solch brutaler Weise umsprungen darf. Dem Schutze nationaler Arbeit entspricht es doch keineswegs, wenn man hier Arbeiter, die sich die Freiheit nehmen, sich zu organisieren, brotlos macht und Ausländer dafür eingestellt werden sollen.

**Bezirk Nordbayeru-Nürnberg.**

**Weiden**. Am 20. April haben wir den hiesigen Unternehmern eine Lohnforderung unterbreitet. Wir ersuchten sie, uns bis zum 1. Mai Antwort zukommen zu lassen, ob unsere Forderung bewilligt oder Unterhandlungen stattfinden sollten. Eine Antwort wurde uns nicht zuteil. Am 11. Mai richteten wir an die Unternehmer das weitere Ersuchen, uns doch mitteilen, was sie zu tun gedenken. Am 14. Mai erhielten wir die Antwort, daß sie nicht unterhandeln und auch keinen Vertrag mit uns abschließen würden. Wir riefen nun das Arbeitergericht an, als Einigungsamt die Vermittlung zu übernehmen. Auch dies wurde von den Unternehmern abgelehnt. Infolgedessen legten am Freitag, den 29. Mai, sämtliche Zimmerer die Arbeit nieder. Als Streikbrecher arbeiten nur die alten Zimmerer, und zwar die „Genossen“ Adam und Michael Hüb, Franz Eichenmüller, Paul Gruber, Johann Wurba und Joh. Hartinger. Letztere zwei erklärten, „daß sie sich in die Reihe reihen lassen würden, als wie den Streikbrecher werden“. Die Herren Genossen spielen ihre verdräufliche Rolle dem Grunde, sie bekämen keine Unterstützung von ihrem Verbande. Kollegen allerorts, merkt auch diese Handlungsweise, denn hier haben wir den Beweis, daß die freien Zimmerer sich als Schutztruppen des Unternehmertums aufspielen. Auf die von Maurern, Zimmerern und Bauhilfsarbeitern ist wenig fernzuhalten.

**Verbandsnachrichten.**

**Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Angelegenheiten senden wir sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstagmorgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.**

**Ungetreuer Hauskassierer.** Der Maurer Paul Günther, der im Jahre 1907 bei der Baustelle Oberhausen (Rheinl.) das Hauskassieren freiwillig übernommen. Während dieser Zeit hat er Verbandsgelder in Höhe von 26,90 M. veruntreut.

Der mehrmaligen Aufforderung zur Ablieferung des Betrages L. M. Günther nicht nach, weshalb gegen ihn Strafantrag wegen Unterschlagung gestellt wurde. Günther, welcher im Herbst 1907 beim Infanterie-Regiment 130 in Metz eingestell worden ist, wurde laut Mitteilung der 33. Division in Metz vom 27. Mai 1908 am 21. Januar 1908 vom Kriegsgericht wegen Unterschlagung zu drei Wochen Gefängnis verurteilt.

**Stuttgartere.**

**Wanne**. Am Sonntag, den 24. Mai, tagte hier eine außerordentliche Versammlung der Stuttgartere. Als Referent war Kollege Beck, Gelsenkirchen, erschienen. Der Vorsitzende erteilte nach Bekanntgabe der Tagesordnung demselben das Wort. Kollege Beck hielt alsdann einen Vortrag über die Notwendigkeit und den Nutzen der christlichen Organisation. Er wies hin, wie wir als Arbeiter, ohne uns zu vereinen, machtlos daständen. Wie andererseits die Unternehmer ihren Zusammenschluß gefördert, und so auch wir gleichen Schritt halten müßten, um einen Damm zu bauen, an dem alle Vorhaben der Unternehmer abprallen. Ferner kennzeichnete er die Verbesserungen, die alle Arbeiter durch die Organisation erzielt hätten. Reichen Beifall erntete der Redner für seine Ausführungen. Da eine große Anzahl unorganisirter Kollegen anwesend waren, ließen sich zehn aufnehmen. In den Schlussausführungen führte uns Redner unsere augenblickliche Konjunktur vor Augen, und betonte, daß dieselbe unseren Wünschen nicht Rechnung trage. Er wies ferner auf die Verhandlungen bzw. die Einigung im Stuttgartere hin, empfahl dann allen Kollegen, keine übereiligen Schritte zu tun, sondern die Stellung der Arbeitgeber uns gegenüber abzuwarten. Nach diesen Worten wurde die imposante Versammlung um 5 Uhr geschlossen.

**Maurer.**

**Bergheim a. d. Sieg**, 24. Mai. Gestern hielt unsere Zahlstelle eine außerordentliche Versammlung ab. Bezirksleiter Lange gab einen interessanten Bericht von den gepflogenen Verhandlungen über den Abschluß des Tarifvertrages. Nur schade, daß nicht alle Maurer und Bauhilfsarbeiter von Bergheim anwesend waren. Hier hätten sie erfahren können, was die Bauarbeiter den gut geleiteten, starken Bauarbeiterorganisationen verbanken, und welchen Nachteil der Indifferentismus (unorganisierte) zur Folge hat. Kollege Lange berichtete, daß auch Siegburg-Troisdorf und Hennef mit in dem großen Tarif aufgeführt seien. Laut dem Berliner Schiedsrichter durften Lohnführungen nicht stattfinden. Durch die Lohnbewegung, die der Zentralverband christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter im vorigen Jahre in Siegburg führte, erhöhten die Unternehmer den Lohn für Maurer auf 52 Pf., für Hilfsarbeiter auf 42 Pf. Dieser Lohn hätte nun in dem großen Vertrage, laut Berliner Schiedsrichter, als Mindestlohn eingesetzt werden müssen. Leider liefen aber die in diesen Gebieten arbeitenden Bauhandwerker indifferent umher, wodurch sie sich ganz gewaltigen Schaden zufügten, da jetzt ohne Vertrag die Unternehmer nur 46-48 Pf. bezahlten. Nur vereinzelt würden 50 Pf. gezahlt. Ein Vertrag mit 50 Pf. Mindestlohn für Maurer und Zimmerer und 40 Pf. für Hilfsarbeiter hätte der Arbeitgeberverband für Troisdorf, Siegburg und Hennef angeboten. Dieses könne also ohne Kampf festgelegt werden. Die Kollegen müßten sich daher besinnen, ob sie der Organisation beitreten wollen, damit auch in dem Troisdorfer, Siegburger und Hennefer Gebiet tariflich geregelte Arbeitsverhältnisse eingeführt werden könnten. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung, „Diskussion“, sprachen sich die Kollegen dahin aus, daß sie mit den Maßnahmen der Leitung der Organisation und den Vertrauensmännertreffen vollständig einverstanden wären. Als dritter Punkt war Ergänzungswahl des Vorstandes. Unter den Anwesenden wurde durch Wahlmänner entschieden, daß der Vorsitzende, Kollege Schellberg, anlässlich der Gemeinderatswahl keinen Maurer als Kandidaten in Vorschlag gebracht hatte. Die Unorganisierten gebrauchten dieses als eine Entschuldigung für ihr indifferentes Verhalten. Um diesen den Grund zu nehmen, erklärte sich Kollege Schellberg bereit, den Vorsitz niederzulegen, und möge ein anderer gewählt werden. Kollege Lange wies darauf hin, daß Kollege Schellberg sehr viel für die Organisation getan habe. Schellberg habe im vorigen Jahre den Bonner Vertrag mit verfochten, wodurch der Lohn um 4 Pf. pro Stunde erhöht wurde, und habe auch im Streik 1904 an erster Stelle gestanden. Das müsse anerkannt werden. Es wurde darauf die Ergänzungswahl vorgenommen; gewählt wurde der bisherige zweite Vorsitzende, Kollege Jos. Schell, als erster und Kollege Heine, Engels als zweiter Vorsitzender. Ein Appell an die Unorganisierten, sich nun auch ihres Bessprechens zu erinnern und der Organisation beizutreten, hatte nicht den direkten Erfolg. Doch versprachen sie, in den nächsten Tagen sich aufnehmen zu lassen. Alsdann erfolgte Schluß der so interessanten Versammlung.

**Celle**. In unserer letzten Mitgliederversammlung referierte Kollege Dietrich über Arbeitgeber- und Arbeiterorganisationen. In interessanter Weise schilderte er die Entwicklung unserer heutigen Wirtschaftsverhältnisse. Um deren mannigfache Schäden zu bekämpfen, bildeten sich Vereinigungen, die sich zum Ziele setzten, die Regelung der Produktion, der Absatzgebiete und der Preise. Die Arbeiterorganisationen versuchten ihre Interessen gegenüber den Arbeitgebern zu vertreten. Die beiderseitigen Organisationen breiteten sich immer mehr aus und sind heute machtvolle Gebilde in unserem Wirtschaftsleben geworden, deren vernünftige Anwendung nur zum Vorteil unseres Vaterlandes ausschlagen kann. In der Diskussion verpflichteten die Kollegen dem Referenten bei, und erläuterten noch einzelne Punkte. Die christlichen Zimmerer wurden ermahnt, in dem schmerzlichen Kampfe, den die sozialdemokratisch organisierten Zimmerer gegen sie führen, standhaft auszuharren. Den Kameraden wurden während der Arbeitszeit die Hände entzwei geschnitten, ebenso wurde ihnen verschiedentlich Geschirr gestohlen. Mit derartigen Waffen lassen sich die Kameraden nicht unterkriegen. Darum standhaft auszuharren.

**Gelsenkirchen**, 23. Mai. Am Samstag abend tagte im christlichen Gewerkschaftshause unsere 14tägige Mitgliederversammlung, welche gut besucht war. Nach Erledigung des ersten Punktes, Hauskassiererwahl, erteilte der zweite Vorsitzende Kollege Hill unserem Koll. Beck das Wort zu seinem Vortrage. Redner verbreitete sich hauptsächlich über die sozialpolitischen Forderungen der christlich-nationalen Arbeiter an die Gesetzgebung. Zunächst, so führte er aus, forderben wir die Schaffung eines zeitgemäßen Arbeiterrechtes, nämlich ein freies Koalitionsrecht. Er wies an der Hand einer Statistik nach, daß nach den Wirkungen des § 153 unsere Rechtspflege kaum das Bedürfnis zeige, alte gewandelte Pfade zu verlassen. Die Aburteilungen gemäß § 153 nehmen keineswegs ab. Nach einer Statistik von Dr. Ed. Kohlrausch in Nr. 31 der „Sozialen Praxis“ finden wir, daß im Jahre 1882 nur 4, im Jahre 1905 785 und im Jahre 1906 1096 Verurteilungen wegen „Koalitionszwanges“ erfolgten. Zweifelloos sind die meisten Verurteilungen in der Zeit der Hochkonjunktur erfolgt, da für Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen hier die günstigste Gelegenheit ist. Der Grundsatz, daß vor dem Gesetze alle Bürger gleich sind, ist bis heute noch nicht im Deutschen Reich durchgeführt; bis heute hat man jegliche Schritte zu einer Umgestaltung des Koalitionsrechtes unterlassen. Weiter verbreitete sich Redner über unser neues Vereins- und Versammlungsrecht. Er führte nach Behandlung desselben aus, daß es noch eine Streiffrage sei, ob man uns als politische Vereine betrachten könne. Als weiteren Punkt behandelte Referent den Entwurf eines Gesetzes über Arbeitskammern, und kritisierte in scharfer Weise den § 5 sowie § 7 des betreffenden Entwurfes. In der Diskussion sprachen sich eine Anzahl Kollegen im Sinne des Referenten aus. Im Schluß-

wort ermahnte Kollege Beck alle Kollegen, mehr wie bisher die Versammlungen zu besuchen, alle Lausigkeit zu beseitigen und sich mit Eifer im Interesse unserer Sache zu betätigen. Er kritisierte hauptsächlich das Baudelegiertenwesen, und ermahnte die Kollegen, auf den einzelnen Baudelegierten zu wählen, dieselben aber auch zu den Sitzungen hinzuschicken. So möchten alle mit ihm gemeinsam arbeiten, und kleinliche Vorurteile als verfehlt erachten, und so das Wachsen unseres Verbandes fördern.

**Hausen b. Riffingen**. Endlich ist es uns auch hier gelungen, den Zentralverband christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter zur Einführung zu bringen. Bereits im März wurde mit der Borarbeit begonnen, und ist nunmehr die Zahlstelle gegründet. Kollege Wehringer aus Würzburg referierte in einer im Mai stattgefundenen Versammlung über den Zweck und den Nutzen der christlichen Gewerkschaften. 17 Kollegen sind der Zahlstelle beigetreten. In den Vorstand wurden gewählt als Vorsitzender Kollege H. Speyer, als Kassierer Ferdinand Weber und als Schriftführer Otto Wehner, die Kollegen Kaspar Röhlein und Franz Müller zu Beisitzern. Mögen nun die Kollegen mit allen Kräften in die Agitation einsehen, damit die Zahl der Mitglieder sich bald verdoppelt.

**Köln**. Am Sonntag, den 17. Mai, hielt die Verwaltungsstelle Köln ihre erste diesjährige Delegiertenversammlung ab. Der Vorsitzende, Kollege Becker, erstattete Bericht über die Tätigkeit der Verwaltung im ersten Vierteljahr. Nach demselben stand die Berichtszeit im Zeichen der Lohnbewegung. Für fast sämtliche Berufe und in Frage kommende Zahlstellen liefen die Tarifverträge in diesem Jahre ab. Die meiste Arbeit und Zeit nahm denn auch die Beratung und Formulierung der diesbezüglichen Wünsche der Mitglieder, sowie die Unterhandlungen über die neu abzuschließenden Tarife in Anspruch. Durch die Annahme des in Berlin gefällten Schiedspruches ist die Aussperrungsangelegenheit beseitigt worden. Jedoch berehen noch Differenzen bezüglich der Putzer, Zementarbeiter, Stuttgartere und Fliesenleger. In B.-Gladbach wünschen die Kollegen ebenfalls ein Vertragsverhältnis, in Leichlingen muß auch der Tarif erneuert werden. Für die Dachdecker und Bauklemmer ist ein Tarif getätigt worden, der bis zum 1. Mai 1911 Gültigkeit hat. Infolge der „happen Bautätigkeit“ sind in diesem Frühjahr eine ganze Anzahl Mitglieder gezwungen worden arbeitslos zu werden. Es sind jedoch Anzeichen vorhanden, daß das Baugewerbe sich wieder neu belebt. Arbeitslos meldeten sich auf dem Arbeitsnachweis, Palmstr. 14, 164 Mitglieder der verschiedenen Berufe; davon konnten 95 Mitgliedern Arbeit nachgewiesen werden. In der Berichtszeit wurden außer einigen leichteren, fünf schwere Unfälle gemeldet, wobei drei Arbeiter sofort tot blieben und einer an den erlittenen Verletzungen gestorben ist. Es fanden 11 öffentliche und 44 Mitgliederversammlungen der verschiedenen Zahlstellen statt, außerdem 21 Vorstand- und Lokalkommissionensitzungen, in denen die Vertrauensmänner anwesend waren bzw. Vorträge hielten. Weiter haben zwei 18er-Kommissionensitzungen (Schlichtungskommissionensitzungen) stattgefunden, zur Schlichtung von Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis. Den Kassenbericht gab der Kassierer Kollege Day. Nach demselben betrug die Einnahme und die Ausgabe der Hauptkasse 3123,90 M., die Einnahme der Verwaltungsstelle 5020,24 M. Die Ausgabe betrug 1767,74 M. Somit beträgt der Kassenbestand 3252,50 M. — An Unterstützungen wurden ausgezahlt 107,25 M. in 9 Krankheitsfällen, 36 M. Begräbnisunterstützung für ein verstorbenes Mitglied, sowie 44 M. für die verstorbene Frau eines Mitglieds. Die Kassenrevisoren bestätigten die Richtigkeit der Abrechnung und wurde auf Antrag der Revisoren dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt. In der anschließenden Debatte sprachen sich mehrere Delegierte dahin aus, daß die diesjährige Lohnbewegung gezeigt habe, daß nur starke leistungsfähige Organisationen imstande sind, bei niedergebender Konjunktur die in guten Geschäftsjahren erungenen Löhne hochzuhalten. Ein wichtiges Moment bei der Lohnbewegung ist, daß die Organisation ungechwächt erhalten bleibt, damit sie bei aufsteigender Konjunktur in der Lage ist, weitere Erfolge zu erringen. Alle Delegierten waren sich dahin einig, mit erneuten Kräften in die Agitation zu treten, damit auch der letzte Indifferente dem Zentralverband christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter zugeführt wird.

**Rödingberg i. Pr.** Am Donnerstag, den 14. Mai, fand eine außerordentliche gemeinschaftliche Mitgliederversammlung im großen Saale der Jubiläumshalle statt, welche gut besucht war. Kollege Wehner (Berlin), der als Referent erschienen war, sprach in einflüchtigem Vortrage über das Thema: Arbeiterbewegung und Sozialdemokratie. Redner wies einleitend darauf hin, daß, nachdem sich kaum die Pforten des Berliner Rathauses, in welchem acht Tage gemeinschaftlich mit den sozialdemokratischen Gewerkschaften über Abschließung der Tarifverträge mit den Arbeitgebern verhandelt wurde, geschlossen haben, jetzt wieder die Hezereien gegen unsere Bewegung aufs allerstärkste von seiten der sozialdemokratischen Gewerkschaften einsetzten. Eine ganz besondere Leistung hierin habe der Genosse Wehl, der bis vor einem Vierteljahre noch Vorsitzender der anarchistisch-illustrierten Gewerkschaften in Berlin war, — jetzt Gauleiter des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands in Danzig, — vollbracht, indem derselbe die christlichen Gewerkschaften als Streikbrecherorganisationen hinstellte. Redner bemerkte zum Schluß seines Vortrages hierauf noch besonders zurückzukommen. Auf das eigentliche Thema übergehend, führte Kollege Meyer aus, daß in den letzten Jahrzehnten sich unter den Arbeitern mächtige Strömungen gebildet haben. Besonders die Sozialdemokratie verjage den breiten Massen Karzumahen, daß sie allein die einzige Partei sei, die die Arbeiterinteressen im wahren Sinne vertritt. Demgegenüber könne aber nicht oft genug Gelegenheit genommen werden, über das wahre Wesen der Sozialdemokratie aufzuklären, die nicht die Stellung der Arbeiter zu bessern suche, sondern einen Sturz der heutigen Gesellschaftsordnung erstrebe. Die drei Millionen Anhänger, die die Sozialdemokratie zähle, seien doch zum größten Teil nur Militärs, die sich über die wahren Ziele der Sozialdemokratie nicht im geringsten Klar wären; denn das Programm der Genossen sei nach einem Auspruch Bebel's: „auf religiösem Gebiet der Atheismus, auf staatklichem die Republik und auf wirtschaftlichem der Sozialismus“. Mit der Verwirklichung dieses Programms sei dem Arbeiter aber wirklich nicht gebient; denn je weniger Religion im Leben verkörpert werde, um so schärfer sei der Kampf. In den bestehenden Republiken z. B. Frankreich, sei die soziale Lage keineswegs besser, als in monarchisch regierten Staaten, und auf wirtschaftlichem Gebiet sei der Sozialismus, wie ihn die Sozialdemokratie sich denke, eine Unmöglichkeit, eine Utopie. Redner ging des näheren auf die sozialdemokratischen Programmforderungen ein und wies nach, wie die Verwirklichung dieser Ziele, die Vergeßlichkeit der Produktionsmittel, eine Unmöglichkeit sei. Die Sozialdemokratie wisse auch selbst nicht, wie sie die Lösung dieser Fragen anfassen solle, denn nach Liebknecht könne nur ein Sturz nach der Verwirklichung fragen. Wenn man sich auch klar darüber sei, daß heute noch manches fehlerhaft sei und der Verbesserung bedürfe, so sei man sich aber darüber einig, daß die Sozialdemokratie die Lage der Arbeiter nicht bessere, da sie nur Phantasiegebilden, dem Zukunftsstaat, nachjage. Um das schwere Los des Arbeiters zu bessern, muß man praktische soziale Reformen betreiben, und das vollbringt die auf nationalem Boden stehende christliche Gewerkschaftsbewegung. Die sozialdemokratische Gewerkschaftsbewegung sei eins mit der politischen Sozialdemokratie, denn Gewerkschaft und Sozialdemokratie sei eins, wie dieses Dömmelburg, der erste Führer, verschiedentlich betont hätte. Zum Schluß kommt Redner auf die Ausführungen des Genossen Wehl, welche

derselbe in der Versammlung im Ludwigshof gemacht hätte, zurück. Gehl erdreckte sich jetzt, die Christlichen als Streikbrecher hinzustellen, derselbe Genosse, welcher die ganzen Jahre hindurch auf die sozialdemokratischen Zentralverbände geschimpft habe, derselbe, welcher selbst geschrieben hat, daß im Berliner Gewerkschaftshaus auf Zimmer Nr. 29, dem Bureau des sozialdemokratischen Maurerverbandes eine Streikbrecheragentur für arbeitswillige Maurer vorhanden sei. Über der Genosse Gehl sage sich heute, was Brot ich eh, des Stieb ich sing. Ein Mensch, der früher wütend auf das geschimpft habe, was er heute mit scheinhelligem Augenaufschlag als das „allerrechtigste“ gleich einem billigen Falob anpreiße, sei nicht ernst zu nehmen, und Genosse Gehl würde bei vernünftig denkenden Kollegen damit auch keinen Anklang finden. Redner fordert die Kollegen auf, treu zur christlichen Gewerkschaftsbewegung zu stehen, denn nur diese allein sei in der Lage, auf die Dauer die wirtschaftlichen Verhältnisse der arbeitenden Massen zu vertreten. Reicher Beifall folgte diesen lehrreichen Ausführungen. Kollege Schönleins und Ballmer gingen des näheren auf die Tendenzen der freien Gewerkschaften ein und zerpflichteten das von dem Genossen Kriege herausgegebene verlogene Flugblatt. Mit einem Hoch auf die christliche Gewerkschaftsbewegung fand die schön verlaufene Versammlung ihren Abschluß.

**Lingen a. Em.** Beeinflusst durch die gute Konjunktur, sowie durch das obersprengende Arbeiten eines großen Teils unserer Kollegen, entwickelt sich unsere Verwaltungsstelle sehr gut; beträgt doch die Mitgliederzahl schon 76 gegen 38 im Anfang des Jahres. Die Versammlungen sind gut besucht und haben wir in jeder Versammlung Neuaufnahmen, wie auch Uebertritte aus dem freien Verbands zu verzeichnen. Am 27. Mai hielten wir eine gut besuchte außerordentliche Versammlung ab, in welcher Kollege Humbrodt ein Referat über die diesjährige Tarifbewegung hielt, welches von den Kollegen mit Beifall aufgenommen wurde. Siehen wir vor allem unsere Lehren daraus und arbeiten wir so weiter für den Verband, bis der letzte Bauhandwerker hier am Orte unserem Verbands angegeschlossen ist.

**Marburg, 26. Mai.** Auf der Tagesordnung unserer heutigen außerordentlichen Mitgliederversammlung stand: 1. Gewählwahl des Vorstandes; 2. Bekanntgabe der Baustatistik; 3. Bericht über den ersten Punkte wurde als Vorsitzender Jos. Wetzel, als zweiter Vorsitzender Aug. Eien, als Kassierer Julius Schrey, als erster Schriftführer Val. Lauer, als zweiter Martin Mittel, zu Revisoren Heinr. Heber und Peter Linne gewählt. Im zweiten Punkte gab Kollege Haffe die Baustatistik, welche Kollege Lauer am vorhergehenden Tage aufgenommen hatte, bekannt. Derselbe stellte sich in Marburg auf 99 Gesellen. Davon waren 57 in unserem Verbands und 25 im sozialdemokratischen, 17 nicht organisiert. Bei den Bauhilfsarbeitern stellte sich die Zahl auf 92. Davon waren 4 in unserem, 9 im sozialdemokratischen und 79 nicht organisiert. Der Stundenlohn betrug bei 81 Gesellen 43 Pf., bei 5 42 Pf., bei 2 40 Pf., bei 6 38 Pf., bei 1 35 Pf. und bei 2 30 Pfennig. Der Stundenlohn bei den Bauhilfsarbeitern betrug bei 50 Arbeitern 32 Pf., bei 1 31 Pf., bei 30 30 Pf., bei 2 29 Pf., bei 6 28 Pf. und bei 2 27 Pf. Es waren in Angriff 18 Neubauten, 2 Umbauten. Aus-gegebenen Statistik können sich die Kollegen ein Bild machen, wie verschiedene Löhne hier gezahlt werden, was jedoch einzig nur an den Kollegen selber liegt. Denn ein Beispiel läßt sich hier geben von einem nicht organisierten Unternehmern. Dort arbeiten schon vom Februar an Kollegen für 36 und 38 Pf. Als nun einige Kollegen von uns dort auch in Arbeit traten, aber auch bloß 40 Pf. erhielten, legten sie sofort die Arbeit nieder, worauf sich sämtliche Kollegen anschlossen. In der darauf folgenden Versammlung wurde nun beiderseits (von uns und den dortigen) die Sperre verhängt. Aber schon nach einem halben Tage erklärte sich der Unternehmer bereit, den tariflichen Lohn zu zahlen, weshalb auch an anderen Tagen die Arbeit wieder aufgenommen wurde. Dieses bei allen nicht organisierten Unternehmern durchzuführen, welche nicht den tariflichen Lohn zahlen, liegt nur an den Kollegen. In Punkt 3 wurde auf Erhöhung der Beiträge hingewiesen, die laut Statut zu niedrig seien; denn Kollegen in Marburg, es tut not, daß wir auch unsere Lokalkasse etwas stärken, da die Ortsverhältnisse hier schwierig liegen und immer mit Unkosten verknüpft sind. Kollegen, wenn wir in dieser Sinne weiter arbeiten, wird es auch in Marburg besser werden.

**Marburg, am Sonntag, den 24. Mai,** fand in Marburg für die unterständlichen Zahlstellen eine Konferenz statt. Tagesordnung war: 1. Kassenbericht des Kollegen Behringer, 2. Bericht des Bezirksleiters Sommer (Münsterberg), 3. Bericht der Delegierten über ihre Zahlstellen, 4. Wünsche und Anträge. Kollege Behringer erstattete in ausführlicher Weise den Kassenbericht. Derselbe betonte, daß er mit den Einnahmen nach der Mitgliederzahl nicht zufrieden sein könne. Es müsse mehr Einheitslichkeit in den Beiträgen erfolgen, es gäbe aber immer noch Kollegen, die hiervon nichts wissen wollten. Obwohl sie denselben Lohn verdienen, wie die anderen Kollegen, die heute schon höhere Beiträge zahlen, fräuben sie sich sehr, das gleiche zu leisten. Die Einführung in der Verwaltungsstelle ist als eine verhältnismäßig gute zu bezeichnen. Es wurden im letzten Halbjahr fünf Zahlstellen gegründet. Den älteren Zahlstellen empfahl er, mehr in der Agitation tätig zu sein, damit auch sie ihre Mitgliederzahl mehr in die Höhe bringen. Dem Kollegen Behringer wurde Entlastung erteilt und waren alle Kollegen mit dem ausführlichen Kassenbericht zufrieden. Unser Bezirksleiter Sommer (Münsterberg) erläuterte alsdann in ausführlicher Weise die Aufgaben der Frühjahrsagitation, und in welcher Weise dieselbe betrieben werden muß, um guten Erfolg zu erzielen. Ganz besonders behandelte er die Lohnbewegung und welche Vorbedingungen erfüllt sein müssen, wenn Forderungen gestellt werden sollen. Diese Ausführungen waren von sehr großer Wichtigkeit für alle Kollegen. Die Diskussion war eine sehr lebhaft; man konnte die erregte Teilnahme machen, daß die Kollegen größeres Interesse für die Organisation an den Tag legten und sich mehr mit Arbeiterfragen beschäftigten. Im Schlußwort forderte Kollege Sommer die einzelnen Zahlstellen auf, ihre Abrechnungen vom Fragebogen pünktlich einzuschicken; bei einigen Zahlstellen habe es hieran sehr gefehlt. Es wird Pünktlichkeit seitens der Zentrale von Verwaltungsbemanten verlangt, um so mehr aber noch vom Bezirksleiter. Mit einem Hoch auf den Zentralverband christlicher Bauhandwerker, Bauhilfsarbeiter und Steinarbeiter Deutschlands wurde die gut besuchte Konferenz geschlossen.

### Volkswirtschaftliches u. Soziales.

**Die Heilbehandlung in der Invalidenversicherung.** Eine Einrichtung von hoher sozialer Bedeutung ist die Heilbehandlung von Personen, die sonst wegen der Art ihrer Krankheit dem allgemeinen Beruf entzogen werden müßten. Der Heilbehandlung solcher Personen werden die Landesversicherungsanstalten eine erhöhte Aufmerksamkeit zu. Nach einer Zusammenstellung im Reichsversicherungsamt wurden im Jahre 1906 von den Reichsversicherungsanstalten insgesamt 66 683 Personen in Heilbehandlung genommen und zwar 35 588 in ständige und 11 295 in nichtständige Behandlung. Wegen Augenkrankheiten wurden 11 295 Personen in Heilbehandlung genommen und zwar 21 566 Personen, darunter 10 212 Frauen. Die Erfolge können als sehr günstig angesehen werden, und sie werden noch in jedem Jahre besser. Von den im Jahre 1906 wegen Tuberkulose in Behandlung genommenen

31 022 Personen hatten 25 749 oder 83 Prozent die Erwerbsfähigkeit wieder erlangt, bei den Frauen war der Heilerfolg im Durchschnitt noch um 2 Prozent höher. Den 83 Prozent wiederhergestellten Personen im Jahre 1906 standen nur 78 Prozent im Jahre 1902 gegenüber. Auch die Heilerfolge bei den anderen zur Invalidität führenden Krankheiten waren in den letzten Jahren nicht unwesentlich gestiegen. Kamern noch im Jahre 1902 auf 100 Männer, die durch die Versicherungsanstalten wegen verschiedener Krankheiten mit Ausnahme der Lungentuberkulose in ständige Heilbehandlung genommen waren, 27 Männer, die ihre Erwerbstätigkeit nicht wieder erlangen konnten, so entfielen im Jahre 1906 auf je 100 Männer, die wegen verschiedener Krankheiten in Heilbehandlung genommen waren, nur noch 18, die als nicht wieder erwerbsfähig entlassen werden mußten. Auch die Dauer der wiederhergestellten Erwerbsfähigkeit erhöhte sich. Von den 1902 in Behandlung genommenen tuberkulösen Personen waren nach Ablauf des dritten Jahres noch 65 Prozent erwerbsfähig. Der steigende Erfolg der Heilbehandlung kommt auch darin zum Ausdruck, daß die Notwendigkeit von Wiederholungen des Heilverfahrens zurückgeht. Um den Erfolg bei der ersten Behandlung zu sichern, mußten im Zeitraum von 1898 zu 1902 auf je 1000 erfolgreich Behandelte 189 Wiederholungen vorgenommen werden, im Jahresfrist 1902 zu 1906 brauchten bei je 1000 Behandelten nur noch in 164 Fällen Wiederholungen der Heilbehandlung vorgenommen zu werden.

**Der Wert unserer Handelschiffe.** Während der letzten Jahrzehnte ist der Wert der Schiffe und der Ladungen beständig gewachsen. In den 50er Jahren kostete z. B. ein Dampfer von rund 2000 R.-T. = 1 Million M., in den 70er Jahren ein solcher von 3000 R.-T. = 1,5 Millionen M., in den 90er Jahren ein solcher von 8-9000 R.-T. = 5,5 Millionen M., die neuesten Fracht- und Passagierdampfer von 22 000 R.-T. = 12,5 Millionen M. Der Wert der Ladungen und die Beförderungsmöglichkeit der Passagiere ist in demselben Verhältnis gestiegen. Während der Durchschnittswert einer Schiffsladung in den 50er Jahren ca. 240 000 M. betrug, war er im 1900 schon bis zu einer Million M. gestiegen und beträgt jetzt ca. 4-5 Millionen M. Die Schiffe, die Kasse von Brasilien bringen, haben durchschnittlich Ladungen im Wert von 6,5 bis 7,5 Millionen M. Wenn man bedenkt, daß unsere sechs größten Reedereien allein zusammen ca. 425 Dampfer mit über zwei Millionen Brutto-Registertons haben, so kann man sich einen Begriff machen, welche ungeheure Summen deutschen Eigentums auf See schwimmen.

**Ueber den Stand der deutschen Genossenschaften** enthält die „Statistische Korrespondenz“ folgende Zusammenstellung: Die Zahl der eingetragenen Genossenschaften im Deutschen Reich betrug im Jahre 1906 24 646 mit 3 811 923 Mitgliedern. Die Entwicklung des Genossenschaftswesens hat sich in den letzten Jahren etwas verlangsamt. Die Zunahme der Genossenschaften betrug nämlich von 1903 zu 1904 6,62 v. H., von 1904 zu 1905 6,47 v. H., von 1905 zu 1906 nur 4,61 v. H., die der Mitglieder in den gleichen Zeiträumen 7,60, 6,33 und 6,12 v. H. Nach dem Gegenstande des Unternehmens waren 15 108 Genossenschaften mit 2 090 000 Mitgliedern, also mehr als die Hälfte, aller Kreditgenossenschaften. 222 Genossenschaften mit 22 000 Mitgliedern waren Arbeitsgenossenschaften, 114 mit 10 000 Mitgliedern gewerbliche Verwertungsgenossenschaften, 560 mit 27 000 Mitgliedern gewerbliche Bezugsgenossenschaften, 3567 mit 288 000 Mitgliedern landwirtschaftl. Verwertungsgenossenschaften, 2281 mit 171 000 Mitgliedern landwirtschaftl. Bezugsgenossenschaften, 2656 mit 1 182 000 Mitgliedern Bezugsgenossenschaften und 138 mit 22 000 Mitgliedern hatten sonstige Ziele. Von letzteren, die im Jahre 1906 ihre Zahl um 21,05 v. H. und ihren Mitgliederbestand um 41,40 v. H. vergrößert hatten, zeigten die größte Zunahme der Mitgliederzahl im letzten Jahre die gewerblichen Verwertungsgenossenschaften mit 14,57 v. H.; dann kamen die gewerblichen Bezugsgenossenschaften, während die landwirtschaftlichen Bezugsgenossenschaften nur eine Steigerung um 5,21 v. H. und die Kreditgenossenschaften eine solche um 5,19 v. H. hatten. Trennt man lediglich die Produzenten- und die Konsumentengenossenschaften, so kommen auf erstere 21 988 Genossenschaften oder 89 v. H. aller mit 2 629 965 Mitgliedern (89 v. H. aller), auf letztere nur 2658 mit 1 181 958 Mitgliedern. Unter den Genossenschaften der Produzenten ragen bei weitem am höchsten hervor die Geldgenossenschaften, nach ihnen kamen die Bezugs- und Verwertungsgenossenschaften. Organisation des Kredits, des Bezugs und des Abzuges ist neben dem wirtschaftlichen Verbrauch das Wesen und das Ziel des wirtschaftlichen Zusammenhanges; aber dieses Ziel wird im Genossenschaftswesen Deutschlands in ungleicher Weise erreicht. Aus diesen Zahlen ist ersichtlich, welche gewaltige Bedeutung das Genossenschaftswesen in Deutschland erlangt. Leider wird von Arbeiterseite noch viel zu wenig davon Gebrauch gemacht.

### Von den Arbeitsstellen.

**Gedfeld i. S., den 24. Mai.** Ein folgenschweres Unglück ereignete sich in dem im badischen Tauberggrund gelegenen Orte Gedfeld. Es handelte sich hier, wie in Ragatz, um die Hebung eines Hauses. Diese Arbeit hatte der Zimmermeister Johann Georg Preis aus Unterzippf für den Landwirt Valentin Klingert übernommen, dessen Wohnhaus um etwa 60 Zentimeter gehoben werden sollte. Man bediente sich zu diesem Zwecke 16 Stadtwinden, an denen je ein Mann beschäftigt war. Innerhalb kurzer Zeit hatte man das Haus auch schon auf ein Drittel der beabsichtigten Höhe gebracht, als die Mittagspause eintrat. Nach Wiederaufnahme der Arbeiten am Nachmittag setzte man zunächst Stüchholzer unter das gehobene Haus und ließ die Winden zurückrollen. Nachdem man nun aber die weitere Hebung mit den Winden abermals aufnehmen wollte, rutschte das Dachwerk auf der vorderen Seite um einen Meter nach links. Durch den dadurch erfolgten Druck verloren die Winden ihren Stützpunkt, und das Dachwerk stürzte in sich zusammen. Der größte Teil der Arbeiter — im ganzen waren etwa 25 Mann tätig — konnte sich durch einen Sprung in den Keller oder in den Stall retten; immerhin blieb fast niemand unverletzt. Unter den Trümmern begraben und tot hervorgezogen wurden der 23jährige ledige August Uehlein sowie der 23jährige Schmied Adolf Stapp; schwer verletzt wurde der 25jährige Stephan Unninger, der gleich darauf starb. Der 43jährige Landwirt Ludwig Hellingner konnte aus den Trümmern noch lebend hervorgezogen werden, und es besteht Hoffnung, ihn am Leben zu erhalten. Erhebliche Verletzungen am Arme trug der verheiratete Joseph Weber davon, der verheiratete Alois Schred erlitt einen Bruch des Wadenbeines. Die übrigen am Bau Beteiligten trugen mehr oder weniger gefährliche Quetschungen und Hautabschürfungen davon. Der ledige 63jährige Lorenz Spieß, welcher Augenzeuge des Unglücks war, erlitt einen Schlaganfall, an dem er gleich darauf starb.

### Literarisches.

**Konsum-Genossenschaften und christlich-nationale Arbeiterbewegung.** Von Peter Schlad, Schriftführer der Konsum-Genossenschaft „Eintracht“, Mühlheim a. Rhein — Preis 15 Pf., portofrei 20 Pf. Vorliegendes Schriftchen bildet eine gute Einführung in das bedeutungsvolle Gebiet der Konsum-Genossenschaftsbewegung. Entstehung und Stand der Konsum-Genossenschaften.

ferner Wesen, Zweck und Ziel derselben werden eingehend auch die Einwände der Gegner werden auf ihren richtigen jurisdiktionsgeführt. Der unzertrennliche Zusammenhang zwischen Vereinen und Arbeiterbewegung wird weiter erörtert und findet noch eine Anleitung zur Gründung von Konsum-Genossenschaften. Preis: Das Schriftchen ist durch die Buchhandlung Generalsekretariats zu beziehen.

### Bekanntmachung des Vorstandes.

Die bisherigen Quittungen über eingefandte Gelder der Hauptkasse fallen fort. Zu Zukunft werden die Quittungen in der „Baugewerkschaft“ veröffentlicht und wöchentlich.

**Geldsendungen für die Hauptkasse sind nur an Kassierer Fr. Jacobi, Berlin O. 17, Nüdersdorfer Straße 10, zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabzugeben, wofür das Geld bestimmt ist.**

In der Zeit vom 25. bis 31. Mai sind folgende eingegangen:

- Für Beiträge und Eintrittsgelder: Mühlh. 200.— M., Essen 1800.— M., M.-Glabbad 172,16 M. (07), 100.— M., Hamburg 73,92 M., Dreinerhaben 31,88 M., 16,80 M., Dülmen 150.— M., Koblenz 64,60 M., Mühlh. 100.— M., Södenbüren 60.— M., Alenstein (N.) 31,55 M., stein (N.) 71,90 M., Brilon 57,27 M., Remscheid 96,13 M., 200.— M., Hamborn-Mörs 400.— M., Dangj 400.— M., G. 500.— M., Silbers 6,55 M., Fürstentum 3.— M., Kattowig 19 M., Welschenest 4,90 M., Emmer 100.— M., Jahr 2,15 M.
- Für Verbandsplakate und Karten: 5.— M., Koblenz 6.— M., Depenbrod 0,75 M., Dillingen 3 M., Erkenschwid 0,75 M., Södenbüren 5.— M., Kattowig 3 M., Kaufbeuren 5.— M.
- Für Hauskassiererbücher: Koblenz 1,50 M., Kattowig 3.— M.
- Für Futterale: Kattowig 1,50 M.

### Bekanntmachungen.

#### Bezirk Posen-Schlesien.

Mit Genehmigung des Zentralvorstandes wird nach § 8, des Statuts, für die Verwaltungs- bzw. Zahlstellen, die in der Provinz Posen liegen, eine

#### Bezirks-Konferenz

nach Posen einberufen.

Dieselbe findet am Sonntag, den 28. Juni d. J., vorm. um 11 Uhr, im Hotel de Cassé, Breslauer Straße 15, statt.

Ferner für die Verwaltungs- bzw. Zahlstellen, die in der Provinz Schlesien liegen, sind

#### Bezirks-Konferenz

in Glogau am Sonntag, den 5. Juli d. J., mittags um 1 Uhr im katholischen Vereinshaus, Schulstraße, statt.

#### Tagesordnung:

1. Bericht des Bezirksleiters.
  2. Bericht der Delegierten.
  3. Bericht der Agitationskommission.
  4. Agitation und Lohnbewegungen.
  5. Bezirksbeitrag.
- Alle Verwaltungs- wie Zahlstellen der Provinz Posen ihre Delegierten nach Posen, von der Provinz Schlesien, diese den Bezirken angehören, nach Glogau und alle müssigen Delegierte vertreten sein. Die Kosten haben die Lokalführer zu tragen. Die Namen der Delegierten wie deren Ankunft sind dem Bezirksleiter mitzuteilen. Anträge sind bis zum Sonntag den 21. Juni, an den Unterzeichneten einzufinden.

#### Der Bezirksleiter.

Josef Frank, Posen, Halldorfstraße 41.

#### Bezirk Pfalz, Saargebiet und Lothringen.

Mit Genehmigung des Zentralvorstandes berufen wir Grund des § 8, Abs. 4 unseres Statuts, eine

#### Bezirks-Konferenz

nach Malstatt-Saarbrücken ein.

Dieselbe findet statt am Sonntag, den 28. Juni, vorm. um 10 1/2 Uhr, im Christlichen Gewerkschaftshaus, St. Johanner Straße (eine Minute vom Bahnhof St. Johann-Saarbrücken).

#### Tagesordnung:

1. Bericht des Bezirksleiters und Kassierers.
  2. Bericht der Delegierten.
  3. Agitation.
  4. Erledigung der Anträge.
  5. Bezirksbeitrag.
- Jede Verwaltungsstelle ist berechtigt, auf je 50 Mitglieder Delegierte zu entsenden. Die Kosten tragen die Verwaltungsstellen. Anträge sind bis zum 20. Juni an den Bezirksleiter zu richten.

#### Der Bezirksvorstand

J. A. Ernst Belkum.

Als verloren wird gemeldet die Buch-Nr. 69 831 laute Gottlieb Wagemeyer von der Zahlstelle Wehme.

**Achtung! Peruc.** Der Arbeitsnachweis der Zahlstelle befindet sich Parkstraße 5, beim Kollegen Claus.

#### Sterbefasel.

Am 23. Mai starb infolge eines Unfalles unser Mitglied Johann Zenderste im Alter von 43 Jahren.

Am 26. Mai starb unser Vorsitzender, Kollege Peter Grimm, von Eisenbach infolge eines Nierenleidens.

Zahlstelle Wiesbaden

Ehre ihrem Andenken!

#### Achtung! Heilsberg.

Montag, den 8. Juni (2. Pfingstfeiertag), nachmittags 4 Uhr, Versammlung im Vereinslokale des Herrn Reddig. Vollzähliges Erscheinen notwendig; Mitgliedsbücher mitzubringen. Der Vorstand

#### Achtung! Schallodenbach.

Am Sonntag, abends 8 Uhr, findet in der Wirtschaft Jakob Welle eine Mitgliederversammlung der christlichen Bauhandwerker statt.

Alle Mitglieder müssen erscheinen. Mitgliedsbücher zur Kontrolle mitzubringen. Der Vorstand